

# rathaus · korrespondenz

Chef vom Dienst: 42 800/2971 (Durchwahl)  
von 7.30 bis 19.30 Uhr, Sa. 10 bis 17 Uhr,  
So. 12 bis 17 Uhr, übrige Zeit: Tonband



*gegründet 1861*

Freitag, 31. Mai 1985

Blatt 1284

Heute in der "RATHAUSKORRESPONDENZ":

Bereits über FS ausgesendet: (grau) Aktion "Gesunde Zähne" in den Schulen  
Rautenweg: keine Ablehnung durch Wasserwirtschafts-  
fonds

Kommunal: (rosa) Wiener Landtag  
Wiener Gemeinderat  
Kagraner Brücke erhält neuen Belag  
Auhofstraße: Illegale Erdhaufen entfernt

Lokal: (orange) Zilk und Smejkal diskutieren mit Jugendlichen  
Peter Turrini im Finanzamt  
Neubaugasse: Busumleitung wegen Flohmarkt  
Förderungspreis der Stadt Wien für junge Mode-  
designer  
Ausstellung "Kinder und der Baum in der Stadt"  
eröffnet

Nur über FS: Dienstag Pressegespräch des Bürgermeisters

.....  
Bereits am 30. Mai 1985 über Fernschreiber ausgesendet  
.....

Aktion "Gesunde Zähne" in den Schulen

Utl.: 14.000 Zahnpflegebeutel werden verteilt

15 #Wien, 30.5. (RK-KOMMUNAL) "Zähne putzen - aber richtig"

lautet das Motto einer Schwerpunktaktion, die in Wiens öffentlichen und privaten 1. Volksschulklassen bzw. Vorschulklassen gestartet wurde. Durchführende sind die österreichische Arbeitsgemeinschaft für Volksgesundheit und die österreichische Gesellschaft für Zahnhygiene in Zusammenarbeit mit den Städtischen Jugendzahnkliniken. Donnerstag überreichte Gesundheitsstadtrat Univ.-Prof. Dr. Alois Stacher im Rahmen dieser Aktion in der städtischen Volksschule Marktgasse 31, im 9. Bezirk, Zahnpflegebeutel - bestehend aus einer kindergerechten Zahnbürste, Zahnpaste, einem Zahnputzbecher und einer Informationsbroschüre - an die "Erstklassler".#

Insgesamt werden heuer 14.000 solcher Zahnpflegebeutel verteilt werden. Gleichzeitig damit sind sogenannte "Zahnputz-Tanten" bemüht, die Kinder über richtige Zahnpflege und Mundhygiene zu informieren, bzw. ihnen richtiges Zähneputzen beizubringen.

Zwtl.: Jeder siebente Österreicher putzt sich nie die Zähne

Erfreulicherweise konnte, wie der Gesundheitsstadtrat aus diesem Anlaß erklärte, das Mundhygiene-Bewußtsein der Bevölkerung in den letzten Jahren durch die verschiedenen Aktionen und Maßnahmen deutlich gehoben werden. Putzte sich vor etwa 10 Jahren fast jeder zweite Österreicher nie die Zähne, so ist dies heute "nur" jeder siebente. Bei einem Durchschnittsverbrauch von einer Zahnbürste jährlich, kann jedoch noch immer nicht von regelmäßiger Zahnpflege die Rede sein.

Bei den Jugendlichen gehören nur noch sieben Prozent zu den "Zahnputzmuffeln". 60 Prozent putzen ihre Zähne zweimal täglich, 27 Prozent einmal und sechs Prozent befolgen den Rat der Zahnärzte, dreimal täglich die Zähne zu reinigen. Große Bedeutung kommt in diesem Zusammenhang auch der Fluoridtablettenaktion zu. (Schluß)  
zi/bs

.....  
Bereits am 30. Mai 1985 über Fernschreiber ausgesendet  
.....

Rautenweg: keine Ablehnung durch Wasserwirtschaftsfonds (1)

16 #Wien, 30.5. (RK-KOMMUNAL) Von dem Brief, mit dem die Wiener öVP in ihrer gestrigen Pressekonferenz operiert hat, sind weder der zuständige Sektionschef noch der Bautenminister informiert. Das Schreiben traf auch in der MA 30 erst gestern, Mittwoch, am späten Nachmittag - lange nachdem die öVP es bereits zum Gegenstand ihrer Pressekonferenz machte - ein. Es handelt sich dabei auch nicht um eine Ablehnung des Projekts "Sanierung der Deponie Rautenweg" durch den Wasserwirtschaftsfonds, der dies ja gar nicht behandelt hat: darauf wies Umweltstadtrat Helmut BRAUN Donnerstag in einem Pressegespräch gemeinsam mit dem Umweltexperten Dipl.-Ing. DDr. Wolfgang STRUNZ hin. Wie Braun betonte, fehlten - was der Stadt Wien ja bekannt sei - für die Behandlung des Projekts noch Bewilligungen wie der Wasserrechtsbescheid. Das Projekt Rautenweg sei daher in der letzten Sitzung des Wasserwirtschaftsfonds gar nicht behandelt worden, sondern wird nach Vorliegen aller ergänzenden Unterlagen bei der Sitzung im Dezember behandelt. Dies hatte der Vorsitzende des Wasserwirtschaftsfonds, Landeshauptmann-Stellvertreter Frühbauer, Herrn Landtagspräsident Hahn in der Sitzung auch genau erklärt. Braun wies außerdem darauf hin, daß keine Ablehnung des Projekts durch den Fonds erfolgt sei - im Gegensatz zu den Behauptungen der öVP. #

Ein Vorprojekt zur Sanierung der Deponie Rautenweg war bereits 1984 eingereicht worden, allerdings war dieses nicht vollständig. In der Zwischenzeit gab es natürlich, wie bei allen Projekten, Korrespondenzen. Diese betreffen jedoch formelle Feststellungen, stellen aber natürlich - im Gegensatz zu der Interpretation durch die Wiener öVP - keine Ablehnung dar.

Auf die zusätzlichen Sicherungsmaßnahmen in Zusammenhang mit der Sanierung der Deponie wies Braun ebenfalls nochmals hin. So werden derzeit neuerlich genaue Untersuchungen durchgeführt, was allerdings auch das Wasserrechts- Genehmigungsverfahren verzögert. Hier stehe jedoch die Sicherheit im Vordergrund. Braun betonte außerdem, daß - sollte sich durch die Deponie eine Grundwasserbeeinträchtigung ergeben - eine Umspundung durchgeführt werde, die auch in der Baubewilligung bereits enthalten ist.

(Forts.) hrs/gg

.....  
Bereits am 30. Mai 1985 über Fernschreiber ausgesendet  
.....

Rautenweg: keine Ablehnung durch Wasserwirtschaftsfonds (2)

Utl.: Strunz: Der Müll steht nicht im Grundwasser

17 Wien, 30.5. (RK-KOMMUNAL) Der Umweltberater des  
Bürgermeisters, DDR. Wolfgang Strunz, befaßte sich dann mit der  
öVP-Behauptung, die Deponie Rautenweg reiche bis ins Grundwasser.  
Strunz stellte klar, daß der Grundwasserstrom mit den hohen  
Giftwerten bereits aus Gerasdorf in Niederösterreich komme, und die  
Werte oberhalb der Deponie - bei der Hofmannsiedlung - höher sind  
als unterhalb der Deponie. Würde dagegen Sickerwasser aus der  
Deponie ins Grundwasser gelangen, müßten die Werte wesentlich höher  
sein. Strunz wies weiter darauf hin, daß nach übereinstimmender  
Meinung führender Experten wie etwa des Prof. Kemmerling und des  
Umweltbundesamts Berlin die Oberflächenabdeckung die einzig wirksame  
Möglichkeit ist, Niederschlagsinfiltration und Sickerwasser zu  
vermeiden. Zur Feststellung von öVP-Stadtrat Anton Fürst, Strunz  
habe das Vertrauen der öVP verloren, meinte dieser abschließend, ihm  
gehe es nicht darum, das Vertrauen einer Partei zu erhalten oder zu  
gewinnen, er sei Fachmann und habe mit parteipolitischen Dingen  
nichts zu tun. (Schluß) rö/gg

NNNN

Zilk und Smejkal diskutieren mit Jugendlichen

Utl.: Diskussionsveranstaltung "Jugend und Politik"

1 #Wien, 31.5. (RK-LOKAL) Die Diskussionsreihe zum "Internationalen Jahr der Jugend in Wien" wird am Mittwoch, dem 12. Juni um 16 Uhr im Gemeinderatssitzungssaal des Rathauses mit einer Veranstaltung zum Thema "Jugend und Politik" fortgesetzt.

Diskussionspartner des "Jungen Gemeinderates" werden Bürgermeister Dr. Helmut ZILK und Jugendstadtrat Ingrid SMEJKAL sein. Zum Mitdiskutieren sind alle Wiener Jugendlichen zwischen 14 und 18 Jahren eingeladen. Auskünfte erteilt das Landesjugendreferat Wien unter der Telefonnummer 42 800/3990 DW. (Schluß) je/gg

NNNN

Kagraner Brücke erhält neuen Belag

2 #Wien, 31.5. (RK-KOMMUNAL) Die Kagraner Brücke über die Alte Donau erhält teilweise einen neuen Fahrbahnbelag. Während der Bauarbeiten, die am kommenden Montag beginnen und vier Wochen dauern, wird es zu Verkehrsbehinderungen kommen.#

In jeder Fahrtrichtung muß ein Fahrstreifen gesperrt werden. Ein zweiter Fahrstreifen in jeder Fahrtrichtung wird jeweils verkehrsabhängig gesperrt, das heißt, es wird bei dieser Sperre auf die Hauptverkehrszeiten Rücksicht genommen. In der Richtung stadteinwärts wird der zweite Fahrstreifen von 9 bis 19 Uhr gesperrt, also erst nach der Frühspitze. In der Richtung stadtauswärts erfolgt die Sperre des zweiten Fahrstreifens von 7 bis 15.30 Uhr, also vor der täglichen Abendspitze. Durch diese Regelung soll nach Möglichkeit verhindert werden, daß es während des Spitzenverkehrs zu Verkehrsstauungen kommt. (Schluß) sc/bs

NNNN

Peter Turrini im Finanzamt

3 Wien, 31.5. (RK-LOKAL) Turbulent und italienisch wird es am kommenden Montag, dem 3. Juni, um 20 Uhr, im Hof des Finanzamtes im 8. Bezirk, Josefstädter Straße 39 zugehen: Das Dario Fo-Theater wird das Stück "Die Wirtin" von Peter TURRINI, das Goldonis Komödie "Mirandolina" nachempfunden ist, zur Aufführung bringen. Mitwirkende sind unter anderem Didi MACHER, Gerhard SWOBODA, Nicola FILIPPELLI, Erni MANGOLD und Peter TURRINI. Regie führt Fritz ZECHA. Veranstalter dieses Abends ist der Kulturverein "Freunde der Josefstadt", Mitglied des Wiener Volksbildungswerkes. Der Eintritt ist frei. (Schluß) zi/gg

NNNN

Neubaugasse: Busumleitung wegen Flohmarkt

6 Wien, 31.5. (RK-LOKAL) Wegen des Flohmarktes in der Neubaugasse müssen die in Richtung Südbahnhof fahrenden Busse der Linie "13A" am Samstag, dem 1. Juni, zwischen 8 und 18 Uhr über die Strecke Neustiftgasse - Schottenfeldgasse - Mariahilfer Straße zur Amerlingstraße umgeleitet werden. Die Haltestellen bei der Burggasse und bei der Westbahnstraße werden in dieser Zeit aufgelassen, dafür werden bei der Neustiftgasse und der Schottenfeldgasse provisorische Haltestellen eingerichtet. (Schluß) roh/gg

NNNN



Förderungspreis der Stadt Wien für junge Modedesigner

14 Wien, 31.5. (RK-LOKAL) Auf Anregung von Kulturstadtrat Franz MRKVICKA wird im Rahmen der Wiener U-Mode-Messe, die vom 10. bis 16. Juni im U 4 stattfindet, erstmals ein "Förderungspreis der Stadt Wien" für junge österreichische Modedesigner vergeben. Der erste Preis ist mit 25.000 Schilling, der zweite mit 15.000 Schilling und der dritte mit 10.000 Schilling dotiert. Mit diesem Preis soll junge österreichische Mode gefördert werden. (Schluß)  
gab/gg

NNNN

Wiener Landtag (1)

Utl.: Fragestunde

4 Wien, 31.5. (RK-KOMMUNAL) Die Sitzung des Wiener Landtages unter Vorsitz von Landtagspräsident SALLABERGER (SPÖ) begann mit einer Fragestunde.

In der ERSTEN ANFRAGE erkundigte sich LAbg. Dr. HIRNSCHALL (FPÖ) nach der Zahl der bisher eingebrachten Anträge auf Gewährung von Förderungsmitteln nach dem Wohnhaussanierungsgesetz 1984. StR. Ing. HOFMANN (SPÖ) erklärte, daß bisher 2.553 Anträge auf Förderung eingebracht wurden, davon 2.402 Einzelanträge (Verbesserungen in Wohnungen) und 151 betreffend Haussanierungen. Um eine rasche Arbeitsmarktwirksamkeit und Auswirkung auf die Wirtschaft zu erreichen, wurde das Bundeswohnbausonderprogramm 1986/87 vorgezogen. Verzögerungen bei den Haussanierungen werde es nicht geben, in gewissem Maße jedoch bei den Einzelanträgen, da die Förderung von Fensterverbesserungen reduziert werde. Bis spätestens Anfang Juli werden die begutachteten Anträge zur Beschlußfassung vorliegen.

In der ZWEITEN ANFRAGE verlangte LAbg. EDER (SPÖ) Auskunft über mögliche Absprachen der Bundesländer Wien, Niederösterreich und Burgenland hinsichtlich der Bundesstraßengesetznovelle. StR. Ing. HOFMANN antwortete, daß beim Bautenminister eine Intensivierung des Ausbaus des hochrangigen Straßennetzes (Verlängerung der A 21 zur Flughafenautobahn, Verlängerung der Südost-Tangente nach Leopoldau, Einbeziehung von Umweltschutzmaßnahmen in den Finanzierungsrahmen des Bundes) verlangt wurde. Hofmann erwähnte besonders Verbesserungen bei bestehenden Straßen wie dem Gürtel.  
(Forts.) and/gg

NNNN

Wiener Landtag (2)

Utl.: Fragestunde

7 Wien, 31.5. (RK-KOMMUNAL) Auf die DRIITE ANFRAGE von Landtagspräsident HAHN, wann die den Umweltschutz betreffenden Projekte im Bereich des Wiener Wasser- und Kanalnetzes dem Wasserwirtschaftsfonds eingereicht werden, sagte Vizebürgermeister MAYR, daß der Vertragsentwurf bereits vorliegt. Er betrifft die Erweiterung der Kläranlage, die Errichtung von Sammelkanälen in den Bereichen Donaukanal, Wiental und Liesingtal, die Errichtung des Grundwasserwerkes Donauinsel Nord und die Dotierung der Lobau. Eine grundsätzliche Zusage zur Förderung für alle Projekte liegt vor. Mayr kündigte die in Kürze erfolgende Endabrechnung für WABAS und das EBS-Projekt an.

Auf die VIERTE ANFRAGE von Labg. JEDLETZBERGER (ÖVP), was das Ergebnis der Umweltverträglichkeitsüberprüfung der B 225 ist, sagte Stadtrat RAUTNER (SPÖ), daß nach der ersten Überprüfung keine nennenswerten Gründe dem Bau der Straße entgegenstehen. Bürgermeister Zilk hat jedoch, um allen Umweltschutzfragen in diesem Bereich gerecht zu werden, weitere Überprüfungen angeordnet. Aufgrund dieser Untersuchungen wird sich ergeben, ob die B 225 gebaut wird. (Forts.) gab/bs

NNNN

Wiener Landtag (3)

Utl.: Fragestunde

8 Wien, 31.5. (RK-KOMMUNAL) Auf die FÜNFTE ANFRAGE von LAbg. Ing. SVOBODA (SPö) nach dem Ausbau der Triester Straße antwortete Stadtrat RAUTNER, daß das generelle Projekt beim Bund eingereicht, aber noch nicht genehmigt sei. Derzeit werde im Bautenministerium die Kostenbeteiligung des Bundes überprüft, danach könnten die notwendigen Grundfreimachungen beginnen, für 1986 sei mit dem Baubeginn zu rechnen. Durch die Abstimmung mit dem Wienerbergprojekt seien auch umfangreiche Umweltschutzmaßnahmen vorgesehen.

Auf die SECHSTE ANFRAGE von LAbg. Mag. KAUER (öVP) nach der Anzahl der stationären Radarüberwachungsanlagen auf der Südost-Tangente antwortete Stadtrat Rautner, daß bis Ende dieses Jahres, nach Umbau der Tangente, acht stationäre Anlagen errichtet werden sollen. Das Verhalten der Autofahrer habe sich vor allem im bezug auf die Baustellen in letzter Zeit sehr verbessert, sagte Rautner.

Auf die SIEBENTE ANFRAGE von LAbg. Dipl.-Ing. Dr. PAWKOWICZ (FPö) nach dem Stand der Verhandlungen mit dem Bund und dem Land Niederösterreich zur Errichtung des Marchfeldkanales sagte Stadtrat BRAUN (SPö), es habe in letzter Zeit keine direkten Verhandlungen gegeben, da Wien in dieses Projekt finanziell nicht eingebunden sei. In bezug auf die Bauweise im Wiener Bereich habe das Land Wien seine Wünsche durchgesetzt. Auf eine ZUSATZFRAGE nach den Auswirkungen auf den Grundwasserspiegel antwortete Braun, es seien keine unmittelbaren Auswirkungen zu erwarten. Bereits vor der Erstellung des Projekts wurden entsprechende Untersuchungen durchgeführt.  
(Forts.) roh/gg

NNNN

Wiener Landtag (4)

Utl.: Fragestunde

9 Wien, 31.5. (RK-KOMMUNAL) In der ACHTEN ANFRAGE erkundigte sich LABg. Franz HAAS (SPö), bei StR. Helmut BRAUN, welche Maßnahmen getroffen werden können, um Altöle von Privaten möglichst vollständig zu erfassen und zu entsorgen. Braun antwortete, daß Gespräche mit dem Mineralölhandel, gebrauchte Motorenöle an den Tankstellen zurückzunehmen, leider ergebnislos waren. Das unregelmäßige Entsorgen der gebrauchten Motoröle wäre nur zu verhindern, wenn der freie Verkauf beschränkt würde.

Wie Braun feststellte, habe er Vizekanzler Dr. Norbert STEGER ersucht, Lösungsmöglichkeiten zu suchen. Steger hat dazu mitgeteilt, daß bereits Vorarbeiten im Gange sind, um in einer Novelle zum Altölgesetz die Altölproblematik zukunftsorientiert (Altöl als Rohstoff) und umweltschonend in den Griff zu bekommen. Die Novelle sehe vor, daß das Altöl von jenen Firmen, die gewerbsmäßig Motoröl verkaufen, auch wieder zurückgenommen und geordnet entsorgt wird.

Auf die NEUNTE ANFRAGE von LABg. Mag. Eva PETRIK (ÖVP), wann mit einer Verordnung über die Beschaffenheit von Spielplätzen zu rechnen sei, antwortete StR. Friederike SEIDL (SPö), daß sich der Oberste Gerichtshof der Meinung der Sachverständigen angeschlossen habe, daß Spielgeräte auf einem lockeren Sandboden stehen müssen. Daher müssen alle Plätze mit Klettergerüsten saniert werden. Derzeit werden die Unterlagen für eine neue Verordnung erarbeitet. (Forts.)  
sc/bs

Wiener Landtag (5)

Utl.: Fragestunde

10 Wien, 31.5. (RK-KOMMUNAL) Auf die ZEHNTE ANFRAGE von LABg. Herta SLABINA (SPö), ob im Bereich der Stadt Wien eine Regelung betreffend Teilzeitarbeit analog der Bundesregelung, beabsichtigt sei, erklärte Stadtrat Friederike SEIDL (SPö), daß eine entsprechende Novelle zur Dienstordnung bereits im Juni dem Landtag vorliegen werde. Die Teilzeitarbeit sei für die Pflege von Angehörigen und Kleinkindern bis zum dritten Lebensjahr möglich. Im Unterschied zur Bundesregelung könne bei der Stadt Wien auch der Vater für die Pflege eines Kleinkindes im 2. und 3. Lebensjahr eine Herabsetzung der Arbeitszeit beantragen. Ende der Fragestunde.  
(Forts.) jel/bs

Wiener Landtag (6)

Utl.: Einführung "fliegender" Wahlkommissionen

11 Wien, 31.5. (RK-KOMMUNAL) Nach der Fragestunde wurde in 1. und 2. Lesung eine Änderung der Wiener Gemeindewahlordnung behandelt. Stadtrat Friederike SEIDL (SPÖ) beantragte eine Novelle, mit der künftig auch bettlägerige Personen, die sich nicht in einer Heil- oder Pflegeanstalt aufhalten, bei Gemeinderats- und Bezirksvertretungswahlen in Wien ihr Stimmrecht ausüben können. Voraussetzung dafür ist, daß bis spätestens 10 Tage vor der Wahl beim Magistratischen Bezirksamt eine Wahlkarte und der Besuch einer "fliegenden" (besonderen) Wahlkommission beantragt werden. Dafür ist eine ärztliche Bestätigung über die Bettlägerigkeit und über die medizinische Unbedenklichkeit erforderlich. Seidl betonte, daß auch bei dieser Art der Stimmabgabe das Wahlgeheimnis absolut gewahrt werde.

Im Zusammenhang mit der Änderung der Gemeindewahlordnung ging Seidl auf eine schriftliche Anfrage der FPÖ ein, die die Verfassungsmäßigkeit des Hochschülerschaftsgesetzes zum Inhalt hatte. Sie erklärte, daß ganz Österreich auf die Entscheidung des Verfassungsgerichtshofes im Zusammenhang mit der Kandidatur neonazistischer Gruppen warte. Sie stellte fest, daß alle Wahlordnungen in Österreich verfassungswidrig wären, sollte der Verfassungsgerichtshof das Hochschülerschaftsgesetz aufheben. Sollte sich das Höchstgericht dazu nicht entschließen, sei der Bundesgesetzgeber am Zug, um die Kandidatur von Neonazis zu verhindern, forderte Seidl. Sobald für die Nationalratswahlordnung ein Kandidaturverbot für Neonazis beschlossen ist, müßten automatisch die Landesgesetzgeber gleichlautende Regelungen in ihre Wahlordnungen aufnehmen.

Seidl betonte, sie hoffe, daß die Entscheidung des Verfassungsgerichtshofes rasch fällt, damit bereits bei der nächsten Wahl einer Kandidatur rechtsradikaler Gruppen oder Personen ein wirksamer Riegel vorgeschoben werden kann. (Forts.) lei/bs

NNNN

## Wiener Landtag (7)

Utl.: Einführung "fliegender" Wahlkommissionen

12 Wien, 31.5. (RK-KOMMUNAL) LABg. Univ.-Prof. Dr. WELAN (öVP) erklärte, daß seine Partei der beabsichtigten Änderung der Gemeindewahlordnung zustimme, weil die Einführung "fliegender" Wahlkommissionen einem zusätzlichen Personenkreis die Ausübung des Stimmrechtes ermögliche. Seine Partei sei immer dafür eingetreten, daß ein möglichst großer Kreis der Wahlberechtigten sein Stimmrecht ausüben kann. Dies sei auch der Grund dafür, daß seine Fraktion schon seit Jahren sowohl auf Bundes- als auch auf Landesebene für die Einführung der Briefwahl eintrete. Im Sinne des allgemeinen Wahlrechtes sei nicht einzusehen, warum Personen, die sich am Wahltag im Ausland aufhalten, nicht an Wahlen teilnehmen können. Abschließend forderte der Redner die Einführung des Persönlichkeitswahlrechtes mit Verhältnisausgleich.

LABg. Mag. ZIMA (SPö) begrüßte die Einführung besonderer Wahlkommissionen, weil sie einer kleinen Gruppe von Menschen eine zusätzliche Möglichkeit bietet, das Wahlrecht auszuüben. Es entspricht dem Demokratieverständnis der SPö, jeder - wenn auch sehr kleinen - Gruppe die Gelegenheit zu geben, mit dem Stimmzettel politisch mitentscheiden zu können. Zur Forderung der öVP nach Einführung der Briefwahl verwies Zima auf die Begründung des Verfassungsgerichtshofes, wonach durch die Briefwahl eindeutig der Grundsatz des persönlichen und geheimen Wahlrechtes verletzt werde. Bei dieser Wahlform sei nicht sichergestellt, daß die Stimme geheim, persönlich und unbeeinflußt abgegeben werde. Es sei richtig, so Zima, daß in einigen westlichen Demokratien die Briefwahl durchgeführt werde, die Erfahrungen können jedoch die Befürchtungen der Sozialistischen Partei, daß dadurch Manipulationen Tür und Tor geöffnet werden, nicht zerstreuen, sondern im Gegenteil nur verstärken. (Forts.) lei/gg

## Wiener Landtag (8)

Utl.: Einführung "fliegender" Wahlkommissionen

13 Wien, 31.5. (RK-KOMMUNAL) Zima stellte weiter fest, daß für Nationalrats-, Landtags- und Gemeinderatswahlen die Briefwahl in Österreich nur durch eine Änderung der Bundesverfassung eingeführt werden kann. Schon aus diesem Grund sei diesbezüglichen Forderungen der öVP nicht zuzustimmen, weil jeder Landesgesetzgeber bei Einführung der Briefwahl einen verfassungswidrigen Akt setze.

ABSTIMMUNG: Mit den Stimmen aller drei Parteien angenommen.  
(Forts.) lei/bs

Wiener Landtag (9)

Utl.: Vereinbarung Krankenanstaltenfinanzierung

15 Wien, 31.5. (RK-KOMMUNAL) Landeshauptmann-Stellvertreter Hans MAYR (SPÖ) beantragte die Zustimmung zu einer Vereinbarung mit dem Bund über die Krankenanstaltenfinanzierung und die Dotierung des Wasserwirtschaftsfonds. Mayr betonte, daß mit dieser neuen Vereinbarung ein wesentlicher Durchbruch gelungen ist, da erstmals Patienten aus anderen Bundesländern bei der Finanzierungsregelung entsprechend berücksichtigt werden. Zur Umstellung des Spitalswesens wird eine Kommission eingesetzt und beim Gesundheitsministerium ein Arbeitskreis für die Krankenanstaltenfinanzierung eingerichtet. Bis Ende 1985 wird ein gesamtösterreichischer Krankenanstaltenplan vorgelegt, der die Anzahl der Betten bis hinunter zu den einzelnen Spitalsabteilungen festlegt. In zehn Krankenanstalten werden neue Finanzierungssysteme und Kostenvorgabesysteme vorbereitet. Zum ersten Mal seit Bestehen des Fonds sei den Intentionen des Landes Wien und auch seinen, Mayrs, Vorstellungen gefolgt worden: Es wurde mehr geschaffen als ein reines Finanzierungssystem. Mit dem Vertrag werden überdies die Beiträge der Länder und Gemeinden für den Wasserwirtschaftsfonds prolongiert und die Finanzierung in den nächsten drei Jahren gesichert.

LABg. Dr. HAWLIK (ÖVP) verwies auf die Kostenexplosion im Gesundheitswesen und regte eine Reorganisation des Spitalswesens an. Dazu gehöre, so Hawlik, eine Entlastung der Spitäler zugunsten der Hauskrankenpflege, Übergang zur Gesundheitsvorsorge, Verstärkung des Kostenbewußtseins bei Ärzten und Patienten, Reorganisation der Spitäler und Einführung betriebswirtschaftlicher Grundsätze sowie Schaffung eines Gesundheitspasses mit Belohnung für Patienten, die sich gesundheitsgerecht verhalten. (Forts.) and/gg

NNNN



Wiener Landtag (10)

Utl.: Vereinbarung Krankenanstaltenfinanzierung

16 Wien, 31.5. (RK-KOMMUNAL) LABg. DINHOF (SPö) sagte, daß die neue Regelung sehr viel für Wien gebracht habe, so auch die Anerkennung der Kosten für Fremdpatienten. Zum Stichwort Spitalsentlastung bemerkte Dinhof, daß dieser Weg in Wien seit Jahren gegangen wird. Ebenso wird seit langem die Vorbeugung in der Gesundheitspolitik forciert. Zur Reorganisation des Spitalswesens meinte Dinhof, daß bei allen betriebswirtschaftlichen Überlegungen stets der Mensch, die Behandlung im Sinn der Humanität an erster Stelle stehen muß.

LABg. Dr. Sigrun SCHLICK (öVP) resümierte, daß trotz einiger Verbesserungen eine Reihe von Problemen ungelöst bleibt. Nach wie vor wird der Medizintechnik ein zu hoher Stellenwert eingeräumt, Kriterien der Lebensqualität werden noch immer nicht in die Therapie einbezogen, die mangelhafte Versorgung des 21. und 22. Bezirkes mit Krankenhausbetten ist noch immer ein Faktum. Als Verbesserungen führte Dr. Schlick das leistungsbezogene Finanzierungssystem in den Jahren bis 1987, die Einführung des österreichischen Krankenanstaltenplanes ab 1986 und die Erhöhung der Mittel des Bundes und der Krankenversicherungen zum Krankenanstaltenzusammenarbeitsfonds an. (Forts.) gab/bs

NNNN

Wiener Landtag (11)

Utl.: Krankenanstaltenfinanzierung

18 Wien, 31.5. (RK-KOMMUNAL) LABg. Prof. WAGNER (ÖVP) sagte, der Krankenanstaltenzusammenarbeitsfonds habe sein Ziel, die Spitalsfinanzierung in den Griff zu bekommen, nur zum Teil erreicht. Den heutigen Beschluß bezeichnete Wagner als Weichenstellung in die richtige Richtung. Es sei zu hoffen, daß einzelne Spitäler durch ökonomische Maßnahmen Gewinne machen könnten, es zu einer Betten- und Personalreduktion kommen werde.

Er hoffe, sagte Stadtrat Univ.-Prof. Dr. STACHER (SPö) in seiner Wortmeldung, daß es über die politischen Grenzen hinweg zu einer einheitlichen Vorgangsweise im Gesundheitswesen komme. Es sei zwar nicht möglich, die Gesamtstruktur in wenigen Jahren um 180 Grad umzudrehen, der KRAZAF und der heutige Antrag zeigten aber den richtigen Weg. Stacher warf der ÖVP vor, daß es trotz sachlicher Übereinstimmung rein verbale Differenzen gebe und ersuchte abschließend um eine faire Diskussion und Zusammenarbeit.

In seinem Schlußwort widerlegte Landeshauptmann-Stellvertreter MAYR (SPö) das Schlagwort von der "Kostenexplosion" im Spitalswesen. Die Kostensteigerungen sind im Rahmen der Inflationsrate geblieben. Die Wiedererdeckung des Hausarztes bezeichnete Mayr als "nostalgischen Traum", der sich in der heutigen Situation mit getrennten Arztpraxen und -wohnungen leider nicht erfüllen werde. Mayr schlug in diesem Zusammenhang einen Turnusdienst bei den praktischen Ärzten vor. In Bezug auf den Gesundheitspaß meinte Mayr, die persönliche Verantwortung für den Gesundheitszustand müsse gewahrt werden.

ABSTIMMUNG: Der Antrag wurde mit den Stimmen aller drei Parteien angenommen. Die Landtagssitzung schloß um 12.30 Uhr.  
(Schluß) roh/bs

NNNN

Auhofstraße: Illegale Erdhaufen entfernt

17 #Wien, 31.5. (RK-KOMMUNAL) In der Auhofstraße 15 A in Hietzing gab es für Anrainer und Autofahrer ein beträchtliches Ärgernis: Ohne Genehmigung hatte eine Baufirma Aushubmaterial auf einer Länge von fast hundert Metern in der Parkspur abgeladen, völlig ungesichert, ohne Abschränkung und ohne Beleuchtung. Da Aufforderungen an die Verantwortlichen, die Erdhaufen zu beseitigen, keinen Erfolg hatten, veranlaßte Freitag mittag der mobile Bürgerdienst der Magistratsdirektion den Abtransport durch die MA 48, zuständig für Stadtreinigung. Die Rechnung wird die schuldige Baufirma zu bezahlen haben. #

Das Aushubmaterial stammte von Aufgrabungen im Zuge von Kabelverlegungen in der Bossigasse im Auftrag des Kabelbauamtes der Post. Anstatt Erde und Steine sofort wegzuschaffen, lagerte die Baufirma das Material in hohen - und vor allem langen - Haufen in der Auhofstraße. Sie kümmerte sich weder um eine Genehmigung dafür, noch um eine entsprechende Sicherung der Lagerstätte. Als die MA 46, die für Verkehrsorganisation und technische Verkehrsangelegenheiten zuständig ist, schon vor Wochen sowohl Baufirma als auch Kabelbauamt aufforderte, das Material wegzuschaffen, reagierten beide nicht. (Schluß) smo/gg

NNNN

Wiener Gemeinderat (1)

Utl.: Fragestunde

19 Wien, 31.5. (RK-KOMMUNAL) Im Anschluß an die Sitzung des Landtages folgte eine Sitzung des Wiener Gemeinderates, die mit einer Fragestunde eingeleitet wurde.

Auf die ERSTE ANFRAGE von GR. NEUMANN (ÖVP), nach der Zahl der Konferenzen im ersten Betriebsjahr des österreichischen Konferenzentrums 1987/88, antwortete Vbgm. MAYR (SPÖ), daß die Stadt Wien am Betrieb nicht beteiligt sei und er deshalb die gewünschte Auskunft nicht geben könne. Auf die ZUSATZFRAGE nach der Zusammensetzung der vorgesehenen Wiener Konferenzgesellschaft, sagte Mayr, daß die Verhandlungen noch im Gange seien und Angaben darüber verfrüht wären.

Die ZWEITE ANFRAGE stellte GR. Ing. HUBER (SPÖ). Sie betraf innovationsfördernde Maßnahmen der Stadt Wien zur Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit der Wiener Wirtschaft. Vbgm. MAYR (SPÖ) führte aus, daß die Stadt Wien schon frühzeitig entsprechende Förderungen veranlaßt habe. Beispielsweise wurde 1978 die Wiener Innovationsgesellschaft gegründet, deren Aktionsbasis 1983 durch verschiedene Zuschußaktionen wesentlich verbreitert wurde. Zur Höhe und zum Ausmaß der Förderungen erklärte Mayr, daß allein 1984 178 Firmen mit 57 Millionen Schilling gefördert wurden. (Forts.)  
lei/gg

Wiener Gemeinderat (2)

Utl.: Fragestunde

20 Wien, 31.5. (RK-KOMMUNAL) Auf die DRITTE ANFRAGE von GR. Dr. HIRNSCHALL (FPÖ), wie viele Behinderte bis zum 40. Lebensjahr in Pflegeheimen der Stadt Wien untergebracht sind, antwortete Gesundheitsstadtrat Univ.-Prof. Dr. STACHER (SPÖ), daß es 38 Männer und 34 Frauen sind. Derzeit werde ein Konzept erarbeitet, das bis Ende 1985 fertig sein werde, um die Möglichkeit zu schaffen, jüngere Behinderte im Sinne einer besseren Behandlung, z. B. in einem eigenen Pavillon unterzubringen.

Die Interessen der Stadt Wien bei der Erstellung eines Museumskonzeptes für den Messepalast würden durch den Leiter des Wiener Kulturamtes in der Kontaktgesprächsgruppe, der auch Vertreter des Bautenministeriums und des Wissenschaftsministeriums angehörten, berücksichtigt, beantwortete Kulturstadtrat MRKVICKA die VIERTE ANFRAGE von GR. Mag. KAUER (ÖVP). Sobald das Museumskonzept sowie das Raum- und Funktionsprogramm zur Verfügung stehe, werde Wien sich um eine öffentliche Diskussion bemühen. Ziel: Im Wiener Messepalast soll ein multifunktionales, aktives und lebendiges Kulturzentrum eingerichtet werden. (Forts.) jel/gg

Wiener Gemeinderat (3)

Utl.: Fragestunde

21 Wien, 31.5. (RK-KOMMUNAL) Mit der FÜNFTEN ANFRAGE erkundigte sich GR. Dr. SWOBODA (SPö), ob die städtische Wohnhäuserverwaltung den Mietern künftig Annuitätenbestätigungen ausstellen werde. Darauf antwortete Stadtrat Ing. HOFMANN (SPö), daß für 87.000 Objekte derartige Bestätigungen ausgestellt werden.

Auf die SECHSTE ANFRAGE von GR. ROSENBERGER (SPö), welche stadtgestalterischen Möglichkeiten bei der Einmantelung von Montagebauten berücksichtigt werden, antwortete StR. Ing. HOFMANN (SPö), daß es mehrere Möglichkeiten gebe, und die zuständigen Dienststellen entsprechende Alternativvorschläge ausarbeiten. Hofmann schloß auch einen wettbewerbsartigen Gestaltungsfindungsprozeß unter Beiziehung von Architekten nicht aus.

Nach den Gesamtbaukosten pro Quadratmeter beim Öko-Haus erkundigte sich GR. Ing. MANDAHUS (ÖVP) in der SIEBENTEN ANFRAGE. Ing. HOFMANN (SPö) erklärte dazu, daß nicht die gesamten Baukosten (darunter auch die Gestaltung der Fußgängerzone) gefördert werden. Ein Teil der zusätzlichen Kosten wird von der Stadt Wien getragen, die zusätzlichen Aufwendungen für die (nicht förderbaren) Terrassenflächen werden den Mietern verrechnet. Von den 70 Millionen (o. MWSt.) sind 56,2 Millionen förderungswürdig. Von GR. Mandahus vermutete monatliche Annuitätenzahlungen von 90 Schilling pro Quadratmeter träfen nicht zu, sagte Hofmann, die Zahlungen werden jedoch über den normalen Annuitätsbelastungen liegen. (Forts.)  
and/bs

Wiener Gemeinderat (4)

Utl.: Fragestunde

22 Wien, 31.5. (RK-KOMMUNAL) Auf die ACHTE ANFRAGE von GR. STRATIL (ÖVP), wann die betroffenen Bewohner der Hasnerstraße über die geplante Verkehrsberuhigung informiert werden, sagte Stadtrat HOFMANN (SPö), daß die verkehrsorganisatorischen Maßnahmen zur Geschäftsgruppe von Stadtrat RAUTNER ressortieren. Es gibt jedoch eine Vorausplanung, die sich mit der Verkehrsberuhigung in der Hasnerstraße beschäftigt.

Auf die NEUNTE ANFRAGE von GR. Dr. HAUPL (SPö), ob bereits Verhandlungsergebnisse zur Schaffung umweltfreundlicher Entsorgungssysteme vorliegen, sagte Stadtrat BRAUN, daß bereits Gespräche mit Bundesminister Dr. STEYRER stattgefunden haben. Es sind auch bereits erste Schritte zur Novellierung des Altölgesetzes in Vorbereitung. Ferner hat die Stadt Wien Verbesserungsvorschläge zum Chemikaliengesetz eingebracht. Es herrscht auch Einvernehmen zwischen dem Bund und Wien, daß ein Verbot von Treibgaspackungen und PVC-Verpackungen anzustreben ist. (Forts.) gab/gg

Wiener Gemeinderat (5)

Utl.: Fragestunde

23 Wien, 31.5. (RK-KOMMUNAL) Mit der ZEHNTEN ANFRAGE erkundigte sich GR. Dipl.-Ing. Dr. PAWKOWICZ (FPÖ), wann mit dem Abschluß der Müll-Planquadrataktion im 19. und 20. Bezirk zu rechnen ist. Umweltstadtrat BRAUN (SPÖ) erklärte, daß das Planquadrat bis Ende des Jahres weitergeführt und noch vor der Sommerpause ein zweiter Zwischenbericht erstellt wird. Auf die Frage nach der Einführung der "grünen Tonne" erklärte Braun, daß das Planquadrat die Sortierung des Mülls nach 15 Stoffen vorsieht. Es habe sich gezeigt, daß diese weitgehende Differenzierung nicht zur Gänze von der Bevölkerung angenommen wird und daß es vor allem bei der Sammlung von Hausmüll und dessen Trennung in nasse und trockene Stoffe zur Einführung einer "grünen Tonne" kommen könnte. Auf eine ZUSATZFRAGE nach den Konsequenzen aus dem Planquadrat, sagte Braun, daß er noch kein abschließendes Ergebnis mitteilen könne. Es sei jedoch anzunehmen, daß die Sortierung des Mülls künftig nach sechs bis acht verschiedenen Bereichen erfolgen könnte. (Forts.) lei/gg

Wiener Gemeinderat (6)

Utl.: Fragestunde

24 Wien, 31.5. (RK-KOMMUNAL) Die ELFTE ANFRAGE von GR. FREINBERGER (SPÖ) betraf die Mitnahme von Fahrrädern in der U-Bahn. Ausschlaggebend für diese Entscheidung war neben Anregungen aus der Bevölkerung und von politischen Mandataren die Fertigstellung der U-Bahn-Station Donauinsel, erklärte Verkehrsstadtrat HATZL (SPÖ). Die ersten Erfahrungen konnten zu Pfingsten gewonnen werden: Am Samstag wurden 330 Fahrräder, Sonntag und Montag je 700 gezählt. Die Möglichkeit, Fahrräder in der U-Bahn - wenn auch nur zu bestimmten Zeiten - mitzunehmen, finde jedoch nicht die Zustimmung aller Fahrgäste. Auf eine ZUSATZFRAGE, ob das Mitnehmen von Fahrrädern auch künftig beibehalten oder ausgedehnt werde, sagte Hatzl, daß zuerst die Erfahrungen der Probezeit bis 3. November abgewartet werden müssen. (Forts.) lei/bs

Wiener Gemeinderat (7)

Utl.: Fragestunde

25 Wien, 31.5. (RK-KOMMUNAL) Auf die ZWÖLFTE ANFRAGE von GR. HAAS (SPÖ) antwortete Stadtrat HATZL (SPÖ), daß die Teilbeträge bei Strom und Gas für das kommende Rechnungsjahr nicht auf der Basis des vergangenen extrem kalten Winters berechnet werden, sondern auf der Basis des Normalwinters 83/84. Es bestehe für die Kunden der Wiener Stadtwerke allerdings die Möglichkeit einer freiwilligen Erhöhung der Teilbeträge, um Nachzahlungen bei der Abrechnung des kommenden Jahres zu vermeiden. Diese Ratenzahlungen sind keine Vorauszahlungen, sondern Abschlagszahlungen für bereits gelieferte Energie. Auf eine entsprechende ZUSATZFRAGE erklärte Hatzl, daß die Kunden der Wiener Stadtwerke bei Schwierigkeiten mit der Nachzahlung sofort die Kundendienststellen kontaktieren sollen, um eine Vereinbarung über Ratenzahlungen zu treffen.

Auf die 13. ANFRAGE von GR. Dkfm. Hilde SCHILLING (ÖVP) nach dem Ergebnis der öffentlichen Ausschreibung der chemischen Unkrautbekämpfung am Wienfluß antwortete Stadtrat BRAUN, die Anbotsverhandlung sei am 19. April 1985 ordnungsgemäß durchgeführt worden. Es hätte zwei Angebote gegeben, Billigstbieter war die "Assanierungsgesellschaft Michael Singer GesmbH.". 1985 dürfen Herbizide nur noch auf bestimmten, gepflasterten Bereichen außerhalb des Niederwassers unter strenger Aufsicht des Gesundheitsamtes verwendet werden. Die Funktion des Wienfluß-Beckens müsse unbedingt erhalten bleiben: Einerseits muß verhütet werden, daß Abwässer ins Grundwasser eindringen können, andererseits muß der Hochwasserschutz gewährleistet bleiben.

Acht schriftliche Anfragen wurden den zuständigen Gemeinderatsausschüssen zugewiesen. Ende der Fragestunde. (Forts.)  
roh/gg

NNNN

Wiener Gemeinderat (8)

Utl.: Neufassung der Geschäftsordnung für Bezirksvertretungen

26 Wien, 31.5. (RK-KOMMUNAL) GR. Ing. HUBER (SPÖ) beantragte den Beschluß der Neufassung der Geschäftsordnung für Bezirksvertretungen. Die vom Gemeinderat zu beschließende Neufassung der Geschäftsordnung der Bezirksvertretungen lehne sich an die aus dem Jahre 1978 stammende Geschäftsordnung des Wiener Gemeinderates an und werde am 1. September 1985 in Kraft treten, erklärte GR. Ing. HUBER (SPÖ) als Berichterstatter zum entsprechenden Tagesordnungspunkt.

Der FPÖ sei es bei den Diskussionen in der Arbeitsgemeinschaft vor allem um den Ausbau von Minderheitsrechten gegangen, erklärte GR.Dr. HIRNSCHALL (FPÖ). Die neue Geschäftsordnung der Bezirksvertretungen stelle einen wesentlichen Fortschritt gegenüber der aus dem Jahr 1932 stammenden Geschäftsordnung dar. So habe nun jeder Bezirksrat das Recht, über aktuelle Fragen eine Debatte zu verlangen. Auch die Akteneinsicht sowie die Zusendung der Protokolle seien in der Geschäftsordnung verankert.

Die neue Geschäftsordnung, erklärte Bezirksvorsteher Herta HAIDER (ÖVP), betone die Entscheidungs- und Mitbestimmungsrechte im Sinne der Bezirksdemokratie und bedeute eine Aufwertung der Arbeit der Bezirksvertretung. So müssen laut neuer Geschäftsordnung Anträge und Resolutionsanträge innerhalb von acht Wochen beantwortet werden - bisher hat es dafür keine Frist gegeben. (Forts.) je/bs

NNNN



Wiener Gemeinderat (9)

Utl.: Neufassung der Geschäftsordnung für Bezirksvertretungen

27 Wien, 31.5. (RK-KOMMUNAL) Bezirksvorsteher EDER (SPö) erläuterte, die Novelle sei aufgrund größerer Aufgaben der Bezirksvertretung und der Vergrößerung der Mitgliederzahl notwendig geworden. Er betonte die Kooperation zwischen den Fraktionen bei der Abfassung der Novelle und verwies darauf, wie wichtig es sei, ein geeignetes Instrumentarium zu besitzen, um den Aufgaben im Bezirk ordnungsgemäß nachkommen und den demokratischen Verpflichtungen gegenüber der Bevölkerung entsprechen zu können. Landtag und Gemeinderat könnten ihre Geschäftsordnungen selbst beschließen, den Bezirksvertretungen werde sie vom Gemeinderat gegeben.

ABSTIMMUNG: Einstimmig angenommen.

Zwtl.: Subvention für Institut für Wissenschaft und Kunst

GR. Leopoldine PFAUSER (SPö) beantragte eine Subvention in der Höhe von 250.000 Schilling für das Institut für Wissenschaft und Kunst.

GR. Mag. KAUER (öVP) lehnte namens seiner Fraktion die Zustimmung zu diesem Geschäftsstück ab, weil es nicht ausreichend begründet sei.

GR. Hildegard WONDRATSCH (SPö) betonte die stete Bereitschaft, Unklarheiten zu Geschäftsstücken bereits in den Ausschüßberatungen aufzuklären. Es gebe jedoch Institutionen, denen die öVP traditionell oder fallweise die Subvention verweigere. Sie verwies auf Arbeit und Leistungen des Instituts für die postuniversitäre und multidisziplinäre Forschung.

ABSTIMMUNG: Angenommen mit den Stimmen von SPö und FPö.

(Forts.) and/gg

NNNN

Wiener Gemeinderat (10)

Utl.: Flächenwidmung beim Georgenberg

28 Wien, 31.5. (RK-KOMMUNAL) GR. OBLASSER (SPö) beantragte die Neufestsetzung des Flächenwidmungsplanes und des Bebauungsplanes für ein Gebiet in Mauer, an der Maurer Lange Gasse, das auch die Grünflächen des Georgenberges einschließt. Dadurch wird der Georgenberg in den Wald- und Wiesengürtel einbezogen, und durch eine Schutzzone der alte Baubestand geschützt.

GR. Dr. HIRNSCHALL (FPö) kritisierte, daß ein Teil des Widmungsgebietes den Salesianerinnen als Ersatzgrundstück für das alte Kloster am Rennweg, das für Museumszwecke gewidmet werden soll, zur Verfügung gestellt werden soll. Hirnschall sagte, bei der Grundfläche von rund 4.000 Quadratmetern verkehre dieser Bau die Zielsetzung der Flächenwidmung ins Gegenteil. Er stellte einen Abänderungsantrag, auch das Gebiet westlich der Weichselbaumgasse als Schutzgebiet Wald- und Wiesengürtel zu widmen.

GR. OBLASSER erklärte in seinem Schlußwort, daß der geplante Bau von 60 x 60 Metern mit einer Bauhöhe von 7,5 Meter in der Relation zur Größe des gesamten Gebietes keine Beeinträchtigung darstelle. Die Widmung auf Schutzgebiet Park sei für diesen Teil ausreichend.

ABSTIMMUNG: Der Abänderungsantrag der FPö wurde von der SPö und der öVP abgelehnt, der Antrag mit den Stimmen der SPö und der öVP angenommen. (Forts.) gab/bs

NNNN

Wiener Gemeinderat (11)

Utl.: Subvention Wiener Jugendkreis

29 Wien, 31.5. (RK-KOMMUNAL) GR. Dr. HAUPL (SPÖ) beantragte, dem Verein "Wiener Jugendkreis" für den Ankauf von Anteilen am Cosmos-Kino (Potuczek OHG) eine einmalige Subvention von 1,5 Millionen Schilling zur Erweiterung des Medienzentrums für außerschulische Jugendbetreuung zu gewähren.

Aus grundsätzlichen Überlegungen könne seine Fraktion diesem Antrag keine Zustimmung geben, erklärte dazu GR. PUTZ (ÖVP). Es sei zu erwarten, daß es sich, wie schon beim Stadtkino, um keine einmalige Subvention handeln werde, sondern daß auch die Betriebskosten Zuschüsse erfordern würden. Anstatt neue Zentren zu errichten, sollten die vorhandenen Einrichtungen besser ausgenützt werden.

Der Verein "Wiener Jugendkreis" habe diesen Subventionsantrag gestellt, weil er kaum eine andere Chance habe, seinen Auftrag zur Medienerziehung zu erfüllen, sagte GR. STRANGL (SPÖ). Dazu wäre ein kindergerechtes Kino notwendig, das zentral liegt und nicht die üblichen Ankündigungsfotos in den Auslagen hat. Der große Andrang beim Probetrieb habe gezeigt, daß das Cosmos-Kino diese Voraussetzungen erfülle, sagte Strangl.

ABSTIMMUNG: Der Antrag wurde mit den Stimmen der SPÖ angenommen.

(Forts.) roh/bs

NNNN

Wiener Gemeinderat (12)

Utl.: Planungsauftrag EBS

30 Wien, 31.5. (RK-KOMMUNAL) GR. NUSSBAUM (SPö) beantragte eine Vereinbarung über Planungsarbeiten zwischen der Stadt Wien und der EBS Ges.m.b.H. & Co KG über den Ausbau und die Erweiterung der Hauptkläranlage Wien und der Entsorgungsbetriebe Simmering mit dem Firmenkonsortium Simmering-Graz-Pauker AG und Waagner-Biro AG.

GR. Dipl.-Ing. Dr. PAWKOWICZ (FPö) gab seiner Verwunderung, über die jetzt gezeigte Eile Ausdruck, mit der die Planungsarbeiten beschlossen werden, nachdem seit 1978 über die Funktionsfähigkeit der EBS diskutiert werde. Die Unzukömmlichkeiten bei der Verarbeitung der angelieferten Giftstoffe wurden jahrelang verschleiert. Es sei positiv, daß die Stadtverwaltung nun doch bereit sei, alle notwendigen Schritte zu setzen, um die EBS in Ordnung zu bringen.

Stadtrat FÜRST (ÖVP) führte die Bereitwilligkeit der Stadtverwaltung, die Planungsarbeiten für die Sanierung der EBS neu zu diskutieren, auf die Vorfälle in Hainburg zurück. Daß heute ein neuer Antrag vorliegt beweise, daß in der Vergangenheit Steuergeld verschwendet wurde. Eine umweltfreundliche Entsorgung fand in der Vergangenheit nur in geringem Ausmaß statt, deshalb sei die ÖVP froh, daß die EBS nun saniert werde, wenn die Kosten dafür auch denen eines Neubaus entsprechen. Positiv sei auch, daß der Forderung der ÖVP nach einer begleitenden Kontrolle entsprochen wurde. (Forts.)

lei/bs

Wiener Gemeinderat (13)

Utl.: Planungsauftrag EBS

31 Wien, 31.5. (RK-KOMMUNAL) GR. Dr. HÄUPL (SPö) wandte sich entschieden gegen Behauptungen der ÖVP, daß die Bevölkerung in den vergangenen Jahren über den Zustand der EBS belogen wurde. Die jetzt vorliegende Vereinbarung sei ein Ergebnis konsequenter Arbeit der letzten zwei Jahre. Das Leistungsverzeichnis betreffe nicht nur Umweltfragen, sondern auch die Betriebsorganisation und Wirtschaftlichkeitsfragen. Durch die Sanierung der EBS werde eine entscheidende Luftverbesserung und damit Umweltverbesserung erzielt. Häupl stellte auch fest, daß eine begleitende Kontrolle von der Planung bis zur Durchführung von Anfang an vorgesehen war. Die Bereitschaft zur Sanierung der EBS mit den Vorfällen in Hainburg in Zusammenhang zu bringen, sei schon aus der zeitlichen Abfolge nicht zulässig. (Forts.) lei/bs

Wiener Gemeinderat (14)

Utl.: Planungsauftrag EBS

32 Wien, 31.5. (RK-KOMMUNAL) Der Beschluß, den Planungsauftrag zur Sanierung der EBS zu erteilen, sei ein Fortschritt, erklärte GR. Dr. MAYER (ÖVP). Ein Rückschritt sei aber die Betriebsbewilligung des Handelsministeriums für die ÖSTAP, die keinerlei Rücksicht auf die Bevölkerung Simmerings nehme. Es sei unbestritten, erklärte Mayer, daß ein derartiger Entsorgungsbetrieb notwendig sei, es solle sich dabei aber um einen funktionierenden und verlässlichen Betrieb handeln, nicht um einen, der vor nicht allzulanger Zeit wegen umweltgefährdender Mißstände geschlossen werden mußte.

Simmering sei in seiner Haltung zur Betriebsbewilligung, die vom Handelsministerium erteilt wurde, von der Stadt Wien nie im Stich gelassen worden, erklärte Umweltstadtrat BRAUN. Ein Gespräch oder Diskussionen mit der Bezirksvertretung und der Stadt Wien hätten aber nicht stattgefunden. Der Beschluß, den Planungsauftrag für die EBS zu erteilen, sei ein entscheidender Schritt zur Versachlichung von Umweltproblemen. Er betrachte die Zustimmung der ÖVP nicht als einen Persilschein, sondern als einen Vertrauensvorschuß in die Umweltpolitik der Stadt Wien.

Die Kosten für diese nun grundsätzlich beschlossene Planungslösung belaufen sich mit 1,6 Milliarden Schilling auf das rund Fünffache der vor einem Jahr veranschlagten Sanierungskosten, kritisierte GR. Ing. WORM (ÖVP). Er bedanke sich bei den Simmeringer Bürgern dafür, daß sie durch den von ihnen ausgeübten Druck diesen Beschluß veranlaßt hätten. Die ÖVP, schloß Worm, stehe jedem Schritt zur Versachlichung der Umweltproblematik positiv gegenüber.

ABSTIMMUNG: Einstimmig angenommen (Forts.) jel/bs

NNNN

Wiener Gemeinderat (15)

Utl.: Vertrag mit Firma Rinter

34 Wien, 31.5. (RK-KOMMUNAL) GR. NUSSBAUM (SPö) beantragte die vertraglichen Voraussetzungen für eine Müllsortieranlage im Rinter-Zelt. Dazu gehört auch der Kauf einer Vorsortieranlage im Wert von 135 Millionen Schilling für 170.000 Tonnen Müll pro Jahr.

GR. Dipl.-Ing. Dr. PAWKOWICZ (FPö) kritisierte das seiner Ansicht nach unkoordinierte Vorgehen der Stadt Wien bei der Müllentsorgung. Zu einem umfassenden Konzept müßten Müllverbrennung ebenso wie Mülldeponierung, -trennung und -vermeidung gehören. In dem heute zur Beschlußfassung anstehenden Vertrag würden die Voraussetzungen für eine Müllsortierung geschaffen, während gleichzeitig in zwei Bezirken die Bevölkerung zur Beteiligung an der Mülltrennung aufgerufen wurde.

GR. ARTHOLD (öVP) schloß sich der Kritik von GR. Dr. Pawkowicz an. Die Übernahme des Rinter-Zeltes bringe enorme Kosten, es gebe aber keinen Nachweis über die technische Funktionsfähigkeit. Außerdem bleibe die Frage offen, was mit den Rückständen aus der Mülltrennung geschehen wird. Die gegenwärtig laufende Mülltrennungsaktion im 19. und 20. Bezirk überfordere die Bürger - die Trennung von Glas, Papier und Textilien funktioniere hingegen. Sicher sei es nicht möglich, in ganz Wien Gruppen von Mülltrennungscontainern wie in diesen beiden Bezirken aufzustellen. Wichtig sei es außerdem, das "Müllbewußtsein" bei der Bevölkerung zu wecken. (Forts.) and/gg

NNNN

Wiener Gemeinderat (16)

Utl.: Vertrag Rinter

35 Wien, 31.5. (RK-KOMMUNAL) GR. Ing. SVOBODA (SPö) warf der öVP vor, durch unsachliche Argumentationen eine Verunsicherung der Öffentlichkeit anzustreben. Die SPö habe dagegen mit dem Abfallkonzept 1984 einen wichtigen Entwurf zur Lösung der Müllproblematik getätigt. Darin seien Abfallverringerung und Abfallvermeidung, Abfallsortierung, Abfallverwertung und schließlich umweltkonformem Abfallbeseitigung als Kriterien der zukünftigen Politik auf diesem Gebiet angeführt. Im Sinne der umweltgerechten Lösung der Müllproblematik brachte Ing. Svoboda einen ANTRAG ein: Der Wiener Stadtsenat solle beauftragt werden, sich bei den zuständigen Stellen der Bundesverwaltung sowie bei den Institutionen der Bundesländer und Gemeinden für eine bundeseinheitliche Lösung der Kunststoffproblematik einzusetzen. Svoboda nannte dabei die getrennte Einsammlung von Kunststoffen oder eine andere Form der Vorsortierung, die Förderung der Forschung mit dem Ziel der Wiederverwertung von Kunststoffen, die freiwillige Reduzierung von Kunststoffmaterialien - insbesondere von PVC - und schließlich als Alternative dazu - das Verbot von PVC. Die Müllsortierung im Rinter-Zelt sei durch die Trennung der verschiedenen Materialien und die Aussortierung von Problemstoffen ein umweltfreundlicher Schritt. Durch die Sortierung wäre sichergestellt, daß kein gefährliches Material auf die Deponie komme. In der Frage des Recyclings werde ein wichtiger Schritt getan. (Forts.) gab/gg

Wiener Gemeinderat (17)

Utl.: Vertrag Rinter

36 Wien, 31.5. (RK-KOMMUNAL) Er sei bereit, den Beschlusantrag der SPö zu unterstützen, sagte Stadtrat FÜRST (öVP), allerdings seien dessen Punkte bereits im Sonderabfallgesetz enthalten, die SPö könne sie aber scheinbar in der kleinen Koalition nicht durchsetzen. Eine Beschlußfassung über die Firma Rinter sei erst dann sinnvoll, wenn ein Müllkonzept der Stadt Wien vorliege. Der Müllausschuß sei über die heute genannten Konzepte und Zahlen nicht informiert worden, klagte Fürst. Der heutige Beschluß sei sinnlos, weil aufgrund der angekündigten Müllreduktion und des Ausbaus der Müllverbrennungsanlage Flötzersteig zuwenig Müll für Rinter vorhanden sein werde.

Für den Appell zur Zusammenarbeit bei der Lösung des Müllproblems sei keine Basis vorhanden, solange man nicht wisse, wobei und wofür man überhaupt arbeiten solle, sagte Fürst. Es seien auch über die Sanierung der Deponie Rautenweg zuwenig Informationen in den Gremien vorhanden, die Untersuchungen waren ungenügend, sodaß dieses Projekt nicht mehr zu verantworten sei, sagte Fürst. Er plädierte für ein neues Projekt, das die Absicherung der Deponie gegenüber dem Grundwasser gewährleiste. (Forts.) roh/gg

Wiener Gemeinderat (18)

Utl.: Vertrag Rinter

37 Wien, 31.5. (RK-KOMMUNAL) GR. Dipl.-Ing. Dr. PAWKOWICZ (FPö) erklärte, daß ein breiter Konsens darüber bestehe, daß die Müllvermeidung einen entscheidenden Schritt in Richtung Lösung der Müllproblematik darstellt. Deshalb werde es auch darauf ankommen, die Bürger zur freiwilligen Müllvermeidung zu motivieren. Eine Vorsortierung wäre auch im Bereich der Industrie- und Gewerbebetriebe denkbar. Er bezeichnete Zwangsmaßnahmen als problematisch, sie dürften nur eine allerletzte Maßnahme darstellen. Zu begrüßen seien die Gespräche mit der Wirtschaft, auf PVC-Verpackungen freiwillig zu verzichten. Sollte die lückenlose Vorsortierung des Mülls in absehbarer Zeit funktionieren, sei zu befürchten, daß der Ankauf des Rinter-Zeltes eine Fehlinvestition darstellt. Abschließend meinte Pawkowicz, daß die Wiener Wirtschaftsbetriebe Mittel aus dem Umweltfonds in wesentlich größerem Ausmaß in Anspruch nehmen sollten. (Forts.) lei/gg

Wiener Gemeinderat (19)

Utl.: Vertrag Rinter

38 Wien, 31.5. (RK-KOMMUNAL) Er frage sich, erklärte GR. Ing. WORM (öVP), warum die Stadt Wien das 190 Millionen Schilling teure, für eine Industrieanlage nicht geeignete Rinterzelt, kaufe. Der Vertrag mit der Firma Graz-Andritz sei voller juristischer Fußangeln und nicht definierter Vertragsinhalte. So verpflichtete sich die Stadt Wien, pro Jahr 170.000 Tonnen Systemmüll kostenlos zur Verfügung zu stellen und die Kosten für die Anlage und etwaige Reparaturen, sowie für den Probetrieb und die Inbetriebnahme und für Zusatzinvestitionen zu\*tragen. (Forts.) jel/gg

Wiener Gemeinderat (20)

Utl.: Vertrag Rinter

39 Wien, 31.5. (RK-KOMMUNAL) GR. FREINBERGER (SPö) meinte, Worm lehne es ab, die Meinung eines Fachmannes zu akzeptieren, der jahrzehntelang als Umweltexperte der öVP aufgetreten ist. Zur Deponie Rautenweg verwies Freinberger auf Untersuchungen der Planungsgemeinschaft Marchfeldkanal, nach deren Aussagen die Erhöhung des Grundwasserstandes im Deponiebereich weit unter der Schüttgrenze des Altmaterials bleibe. Bei Nichtfunktionieren der Separation im Rinter-Zelt gehe die Stadt Wien entsprechend den Vertragsbedingungen kein Risiko ein. (Forts.) and/bs



Wiener Gemeinderat (21)

Utl.: Vertrag Rinter

41 Wien, 31.5. (RK-KOMMUNAL) Stadtrat BRAUN warf den öVP-Rednern vor, von vorgefaßten Meinungen nicht abgehen zu wollen und daher auch Erfolge und erfolgversprechende Konzeptionen auf dem Gebiet der Müllproblematik nicht zur Kenntnis zu nehmen. Darüber hinaus hätten die auch in der Argumentation voneinander abweichenden Ausführungen der öVP-Redner auf einen gewissen Informationsmangel hingewiesen. Braun wies darauf hin, daß über bestimmte Fragen wie die Notwendigkeit einer zweiten Sondermüllbeseitigungsanlage, einer Sondermülldeponie und über die Notwendigkeit der Müllverhinderung zwischen allen Bundesländern, auch den öVP-regierten, Übereinstimmung herrsche, was anscheinend der Wiener öVP nicht bekannt sei. Daß die Bevölkerung den Umweltschutz ernst nehme, beweise eine Studie und auch die Reaktion auf das vom PID herausgegebene Umweltarbeitsheft. Stadtrat Braun führte als wesentliche Maßnahme des Müllkonzepts die Vermeidung von Müll, die Sortierung und damit die systematische Senkung der zu verbrennenden und zu deponierenden Müllmenge an. Ein wichtiger Schritt zur Sortierung sei die Anlage im Rinterzelt, die dringend gebraucht werde. Damit werde auch eine Kontrolle gegeben sein, die die Ablagerung unkontrollierten Mülls auf der Deponie Rautenweg verhindere.

Abschließend wandte sich Braun gegen eine Zeitungsmeldung, in der ihm Rücktrittsabsichten unterstellt werden. Gerade aufgrund der Erfolge und des positiven Echos aus der Bevölkerung in Umweltfragen mache es ihm Freude, diese Funktion auszuüben. (Forts.) gab/gg

NNNN

Wiener Gemeinderat (22)

Utl.: Vertrag Rinter

42 Wien, 31.5. (RK-KOMMUNAL) Stadtrat FÜRST (ÖVP) wiederholte seine Argumente gegen den Rinter-Vertrag: Die Ankündigung von Stadtrat BRAUN, durch Vorsortierung 25 Prozent des Wiener Mülls einsparen zu können, mache es möglich, innerhalb von einigen Jahren auf die Müllverbrennungsanlage Flötzersteig verzichten zu können. Für das Rinter-Zelt blieben im Falle einer derart erfolgreichen Müllverhinderung nur 50.000 Tonnen im Jahr zu verarbeiten, es sei aber in dem Vertrag eine Kapazität von 170.000 Tonnen vorgesehen.

Durch die Lagerung von Sondermüll auf der Deponie Rautenweg verstoße die Stadt Wien selbst gegen das Sonderabfallgesetz, erklärte Fürst. Die Deponie Rautenweg sei keineswegs gegen das Grundwasser abgesichert. Auch sei eine für den Fall einer Verunreinigung des Grundwassers notwendige Umpundung der Deponie nicht in der Baubewilligung enthalten. (Forts.) roh/bs

Wiener Gemeinderat (23)

Utl.: Vertrag Rinter

43 Wien, 31.5. (RK-KOMMUNAL) In seiner zweiten Wortmeldung erklärte Stadtrat Braun, daß allein im Jahr 1984 162.000 Tonnen brennbarer Müll deponiert wurden. 50.000 Tonnen davon sind Hausmüll, der verbrannt werden könnte. Da nicht ohne Ende deponiert werden kann, muß es zu einer Gesamtreduzierung kommen.

Als die Deponie Rautenweg ausgehoben wurde, ist man bis zum Grundwasser vorgedrungen. Aus Sicherheitsgründen wurde damals Füllgut aufgeschüttet. Auch von der Technischen Universität wurde deshalb bestätigt, daß nicht zu erwarten sei, daß das Grundwasser verschmutzt werden könnte. Aus Gründen der Vorsicht wird nun jedoch noch ein zusätzliches Gefährdungsabschätzungsgutachten erstellt. Dies sei auch der Grund, warum die Wasserrechtsverhandlungen noch nicht abgeschlossen werden konnten.

Zur Umpundung der Deponie sagte Braun, daß diese nur gemacht werde, wenn dies unbedingt notwendig sei, weil damit der Grundwasserstrom beeinflußt werden könnte.

ABSTIMMUNG über das Geschäftsstück: mit den Stimmen der SPÖ angenommen.

ABSTIMMUNG über den Resolutionsantrag einstimmig angenommen. Der Gemeinderat schloß um 21.10 Uhr. (Schluß) lei/gg

--- Ende des Sitzungsberichtes ---

Ausstellung "Kinder und der Baum in der Stadt" eröffnet  
33 Wien, 31.5. (RK-LOKAL) Von Kinderstimmen erfüllt war die Volkshalle des Wiener Rathauses, als Stadtrat Helmut BRAUN Freitag in Anwesenheit zahlreicher Ehrengäste, darunter Jugendstadträtin Ingrid SMEJKAL, die Ausstellung "Kinder und der Baum in der Stadt" eröffnet. Zu sehen ist die Exposition bis einschließlich 5. Juni täglich von 10 bis 18 Uhr.

"Kinder und der Baum in der Stadt" zeigt jene rund 500 Kinderzeichnungen, die im Rahmen eines Volksschulzeichenwettbewerbes entstanden sind. Die 15 besten Arbeiten dieses Wettbewerbs wurden bereits in der Galerie Würthle ausgestellt und werden im Rahmen einer ORF-Sendung für "Licht ins Dunkel" versteigert. Außerdem zeigte die Galerie Würthle rund 100 weitere Werke aus diesem Wettbewerb.

In seiner Ansprache dankte Braun den Stadträten Ingrid SMEJKAL und Franz MRKVICKA sowie dem Stadtschulrat, dem ORF, der Kronen-Zeitung und der Galerie Würthle, vor allem aber den Kindern für die Beteiligung an dem Wettbewerb. (Schluß) hs/bs

NNNN

Braun: keine Rede von Rücktritt

40 Wien, 31.5. (RK-KOMMUNAL) "Die Rücktrittsgerüchte, von denen der Samstag-Kurier berichtet, entbehren jeder Grundlage. Der betreffende Redakteur kann weder behaupten, ich hätte irgendwelche Rücktrittsabsichten geäußert, noch habe ich erklärt, daß Steuermillionen beim Fenster hinausflögen". Das erklärte Umweltstadtrat Helmut BRAUN Freitag gegenüber der "RATHAUSKORRESPONDENZ" zu einem Bericht im Samstag-Kurier. Wie Braun weiter sagte, habe er zum Rinter-Kauf erklärt, daß es keine andere Wahl gebe, alle Gespräche bereits längst geführt worden sind. In letzter Zeit habe es sich nur noch um abschließende Gespräche gehandelt. "Ich habe aber auch immer wieder betont, daß wir das Rinter-Zelt zur Müllvorsortierung benötigen, da das Risiko mit nicht ausreichender Kontrolle auf der Deponie Rautenweg in Zukunft nicht mehr akzeptiert werden kann. Es ist daher absurd, wenn geschrieben wird, ich hätte behauptet, das Rinter-Zelt brauchten wir nicht", erklärte Braun. (Schluß) hrs/gg

NNNN